Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8776**

16. Wahlperiode 09. 04. 2008

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Klimke, Dr. Christian Ruck, Maria Eichhorn, Dr. Wolf Bauer, Ingrid Fischbach, Hartwig Fischer (Göttingen), Anette Hübinger, Hartmut Koschyk, Bernward Müller (Gera), Dr. Georg Nüßlein, Sibylle Pfeiffer, Dr. Norbert Röttgen, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Sascha Raabe, Gregor Amann, Sabine Bätzing, Elvira Drobinski-Weiß, Detlef Dzembritzki, Gabriele Groneberg, Stephan Hilsberg, Iris Hoffmann (Wismar), Dr. Bärbel Kofler, Walter Kolbow, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Christel Riemann-Hanewinckel, Walter Riester, Frank Schwabe, Dr. Ditmar Staffelt, Hedi Wegener, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Nationale und internationale Maßnahmen für einen verbesserten Kampf gegen Drogenhandel und -anbau in Entwicklungsländern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die weitreichende Problematik des Drogenanbaus und -handels in Entwicklungsländern und der steigende Drogenkonsum in den Anbauländern sowie der Drogenmissbrauch in westlich geprägten Staaten sind nach Jahrzehnten der intensiven Prävention und Bekämpfung immer noch nicht gelöst.

Es muss jedoch festgehalten werden, dass durch die bisherigen Aktivitäten der internationalen Staatengemeinschaft die massive Ausweitung des internationalen Drogenanbaus, außer in Afghanistan, gestoppt werden konnte. Dies bestätigt auch der Weltdrogenbericht 2008 der Vereinten Nationen als auch die Bestandsaufnahme über die Umsetzung der Beschlüsse der 20. Sondervollversammlung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1998, die anlässlich der 51. Sitzung der VN-Suchtstoffkommission (CND) im März 2008 vorgenommen wurde.

Sollten sich diese Zahlen auf der beschriebenen Basis im UNODC-Bericht 2009 in den nächsten Jahren statistisch und logistisch bestätigen, heißt dies jedoch nicht, dass das Drogenproblem gelöst ist und Bekämpfungsmaßnahmen gar eingestellt werden können. Der Fortschritt, der in Anbauregionen, wie Südostasien erzielt wurde, ist immer mit einer negativen Entwicklung in anderen Regionen der Welt z. B. Afghanistan verknüpft. Die Minimierung der Anbauregionen, die Umweltproblematik, die Verknüpfung von Drogenanbau und Terrorismus in fragilen Staaten und der gesellschaftszerstörerische Konsum bleiben jedoch auch weiterhin Aufgaben der Weltdrogenbekämpfung.

Besonders vom Drogenkonsum sind zunehmend die Entwicklungs- und Transformationsländer betroffen: Sie sind nicht mehr nur als Anbauregionen, sondern

auch in rapide wachsendem Ausmaß als Konsumentenländer und mit den damit verbundenen gesundheitlichen und sozialen Folgen belastet. Negative Begleiterscheinungen, wie Beschaffungskriminalität, Prostitution und Schattenwirtschaft, greifen tief in die ohnehin fragilen gesellschaftlichen, politischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Prozesse dieser Länder ein. Daneben entwickeln sich die Prognosen für den Drogenschmuggel und den Schmuggel von Stoffen zur Produktion von Drogen laut dem Weltdrogenbericht 2008 äußerst beängstigend. Die Bekämpfung dieses Missstandes geht weit über die Zuständigkeiten der Entwicklungspolitik hinaus und erfordert von der internationalen Gemeinschaft und den einzelnen Staaten die Durchsetzung von Strafverfolgung, Förderung des juristischen Systems und den Kampf gegen Korruption in lokalen, regionalen und nationalen staatlichen Strukturen. Sollte dies nicht gelingen, werden die Ziele der internationalen Drogenbekämpfung nicht zu erreichen sein. Länder ohne Drogenanbau in Zentralamerika, der Karibik und auf dem Balkan geraten als Transitländer immer weiter unter den Einfluss der organisierten Drogenkriminalität.

Zusätzlich muss konstatiert werden, dass Afrika zunehmend im Fokus der Drogenkriminalität steht. Die Routen für den Drogenhandel weichen für das Kokain aus Lateinamerika auf Westafrika und für das Heroin aus Zentral- und Südostasien auf Ostafrika aus. Es ist die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, dieser Entwicklung energisch entgegenzuwirken, da sonst in den betroffenen afrikanischen Transitländern eine Drogenwirtschaft aus Geldwäsche und Korruption auf- und ausgebaut wird und die Menschen in diesen Ländern schnell zu Drogenabhängigen werden können.

Die Anzahl der injizierenden Drogenabhängigen wird weltweit auf rund 13 Millionen Menschen geschätzt, davon leben ca. 78 Prozent in Entwicklungs- und Transformationsländern. Im Zusammenhang damit steht die besorgniserregende epidemiologische Entwicklung der HIV-Übertragung in Osteuropa, Zentralasien und Südostasien, die überwiegend durch intravenösen Drogenkonsum und Prostitution verursacht wird.

Bei der Reduzierung des Konsums von Drogen in westlichen Staaten und den Anbau- und Transitländern müssen die nationalen und internationalen Instrumente noch nachhaltiger eingesetzt werden. Dies gilt für die Verbesserung des öffentlichen Gesundheitssektors, besonders in Anbau- und Transitländern, insbesondere aber für Prävention und Aufklärung in allen betroffenen Staaten.

Zudem leistet eine kohärente entwicklungspolitische Strategie gegen den Drogenanbau, besonders in Ländern wie Kolumbien, Peru, Bolivien, Afghanistan, Marokko, Laos, Myanmar und vielen anderen Regionen in der Welt einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Stärkung des Rechtstaates.

Die internationale Drogenproblematik enthält drei Hauptelemente, gegen die im Rahmen einer umfassenden Drogenpolitik vorgegangen werden muss:

- illegaler Anbau und Produktion von Drogen,
- illegaler Drogenhandel und Drogenschmuggel,
- Drogenkonsum, -missbrauch und -abhängigkeit.

Eine umfassende und kohärente Strategie in Bezug auf die internationale Drogenproblematik lässt sich nur durch die Stärkung der internationalen Ansätze und eine weitere Verknüpfung von nationalen Strategien im Sinne eines ausgewogenen Ansatzes zwischen Angebots- und Nachfragereduzierung erreichen. Dabei ist es wichtig, die Arbeit der multilateralen Organisationen weiter zu unterstützen. Im Besonderen sollte aber der internationalen Entwicklungspolitik im Kampf gegen den Drogenanbau eine stärkere Stimme und Durchschlagskraft verliehen werden.

Das derzeitige Drogenkontrollsystem der internationalen Gemeinschaft hat in den letzten Jahren ehrgeizige Zielsetzungen erreicht. Trotz dieser grundlegenden Erfolge gibt es eine Vielzahl von regionalen und strategischen Schwachpunkten in der internationalen Drogenbekämpfung. Um sie zu beseitigen, ist es erforderlich, die Verdichtung der Zuständigkeiten und die Bündelung erfolgreicher Konzepte mit neuen Ansätzen voranzutreiben. Diese Ansätze müssen in allen Politikfeldern gleichbedeutend fortgeführt und weiterentwickelt werden. Wir sind der Auffassung, dass die Entwicklungspolitik in den bisherigen Bekämpfungsstrategien nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat und ihre Lösungspotentiale zur Reduzierung des Drogenanbaus noch nicht ausgeschöpft sind.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass,

- die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Drogenbekämpfung seit mehr als 20 Jahren Erfahrung mit Projekten und Politikberatung erworben hat. Seit 1981 kooperiert die Bundesrepublik Deutschland mit Thailand, um den Drogenanbau zu verringern. Diese Zusammenarbeit hat sich ab 1990 auf zahlreiche andere Entwicklungsländer ausgeweitet. Darunter Bolivien, Peru, Kolumbien, El Salvador, Laos, Indien, Afghanistan, Vietnam, Kambodscha, Pakistan und Bangladesh. Durch diese internationale Kooperation hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung umfangreich Reputation und Erfahrungen gesammelt. Deutschlands Partner bei den Drogenbekämpfungsstrategien sind nicht nur staatliche Instanzen, sondern schließen auch Nichtregierungsorganisationen, Gemeinde- und Selbsthilfegruppen mit ein;
- die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Förderung im Bereich der Drogenbekämpfung seit 1981 mit rund 200 Mio. Euro unterstützt. Davon entfielen auf die technische Zusammenarbeit 45 Prozent der Mittel, auf die Projekte der finanziellen Zusammenarbeit 35 Prozent und auf die multilaterale Zusammenarbeit mit dem Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen 20 Prozent;
- im Zentrum der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Drogenbekämpfung das „Programm zur Förderung der Entwicklungsorientierten Drogenkontrolle in Entwicklungsländern (EOD)“ steht. Kern dieses Programms sind neben den Maßnahmen der Alternativen Entwicklung auch die internationale Drogenpolitik sowie die Entwicklung von Strategien und Instrumenten. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die Instrumente immer weiter verfeinert und auf die verschiedenen Bedingungen vor Ort eingestellt. Negative individuelle und gesellschaftliche Folgen von Drogenproduktion, -handel und -konsum sollen durch die Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Alternativen zum illegalen Anbau von Drogenpflanzen kompensiert werden. Zusätzlich wird versucht, das gesundheitliche und soziale Umfeld und die Lebensbedingungen für die Menschen vor Ort zu verbessern. Die Komponenten des Programms beziehen sich daher auf „Alternative Entwicklung“, „integrierte lokale und regionale Wirtschaftsförderung“ und „Integrierte Kommunale Drogenpolitik“, die Elemente der Nachfragereduzierung, wie „Prävention des Drogenmissbrauchs“, „Behandlung von Abhängigen“ und „Schadensreduzierung (harm reduction)“ umfasst;
- die Bundesregierung in ihrem „Aktionsplan zur Umsetzung der HIV/Aids-Bekämpfungsstrategie in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) getragen wird, die Wechselwirkung von Entwicklungsprozessen und der HIV/Aids-Pandemie vor allem in Osteuropa und den Entwicklungsländern erkannt hat, entspre-

chende Zielvorgaben für die Entwicklungszusammenarbeit gemacht und konkrete Bausteine zur Erreichung dieser Ziele benannt hat. HIV/Aids bleibt eine Herausforderung in der ganzen Welt, auch in Europa. Steigende Infektionszahlen in der EU und vor allem in den osteuropäischen Nachbarstaaten und in Asien erfordern ein verstärktes Engagement staatlicher und nichtstaatlicher Akteure sowie des privaten Sektors;

- die Projekte der entwicklungsorientierten Drogenkontrolle (EOD) durch die konsequente Umsetzung dieses Ansatzes etwa in Thailand wesentlich dazu beigetragen haben, die Opiumproduktion zwischen 1981 und 2000 von 146 Tonnen auf 6 Tonnen zu reduzieren. In Pakistan ist die Anbaufläche für Schlafmohn von über 9 000 Hektar im Jahr 1992 auf unter 1 000 Hektar im Jahr 2000 gesunken. Peru und Bolivien konnten die Kokainanbaufläche in der zweiten Hälfte der 90er Jahre aufgrund einer wirksamen Bündelung von Law-enforcement- und Entwicklungsmaßnahmen stark zurückdrängen. Die Erfolge gerade in Südostasien zeigen die Dimensionen, die die EOD bei intensiverer Nutzung durch alle Staaten erreichen kann. In Südostasien ist es gelungen, in Zusammenarbeit mit den bilateralen Partnern über einen langen Zeitraum hinweg dauerhafte Lösungen für die Fragen der Stabilität des Staates, des politischen Willens und der Investitionsbereitschaft, der Teilnahme der Zivilgesellschaft und der Integration in den regionalen Kontext zu finden sowie Aktionen zur Konfliktminimierung und Strafverfolgung zu kombinieren und damit nachhaltigen Erfolg zu erzielen. Dabei ist anzumerken, dass für diese Erfolge die generellen sektoralen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Verknüpfungen mit der EOD noch nicht voll ausgeschöpft wurden. Eine Integration dieser Sektoren in das gesamte Entwicklungskonzept würde das EOD-Instrument noch schlagkräftiger in seiner internationalen Wirksamkeit und Überzeugungskraft werden lassen;
- die Europäische Kommission und der Rat der EU die Drogenbekämpfungsproblematik mit ihren Drogenstrategien und Aktionsprogrammen seit 1996 aktiv auf der Ebene der Union implementiert haben. Beginnend mit den gemeinschaftlichen Programmen zur Suchtprävention, dem Aktionsplan der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit, dem Aktionsplan im Bereich Drogenbekämpfung bis hin zum allgemeinen Rahmen der EU-Drogenstrategie 2005 bis 2012 und dem aktuellen EU-Drogenaktionsplan 2005 bis 2008 bietet die EU unter dem Motto „Geteilte Verantwortung“ im Kampf gegen Drogenhandel und -anbau Instrumente an. Dies bezieht insbesondere die Aktionen der Kommission, aber auch des Rates zur bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit in internationalen Gremien mit ein (z. B. Horizontale Gruppe Drogen);
- die Zieldefinitionen der EU-Drogenstrategie und des EU-Drogenaktionsplans sich mit vielen verschiedenen Lösungsansätzen im Kampf gegen den Drogenanbau beschäftigen. Die EU-Drogenstrategie für den Zeitraum 2005 bis 2012, die durch Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 2004 verabschiedet wurde, wird nachdrücklich unterstützt. Der darin verankerte Gedanke eines umfassenden Schutzes der Gesundheit und des Wohlbefindens sowie die Bekämpfung der Drogenherstellung und des internationalen Drogenhandels muss ein Leitgedanke für alle international involvierten Organisationen sein. Der daraus resultierende EU-Drogenaktionsplan, der der Problematik sowohl auf der Ebene des Gesundheitsschutzes als auch auf der Ebene der Strafverfolgung begegnet, liefert den europäischen Instanzen als auch den Mitgliedstaaten der EU Leitlinien für die Feststellung ihrer Prioritäten. Diese Leitlinien konzentrieren sich auf fünf Aktionsbereiche: Koordinierung, Nachfragereduzierung, Angebotsreduzierung, internationale Zusammenarbeit sowie Information, Forschung und Evaluation;
- die Vereinten Nationen die Verbindung von Entwicklungszusammenarbeit und Drogenkontrolle immer stärker bei ihren Aktivitäten zur Drogen-

bekämpfung beachten und dass das VN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) – auf der Grundlage des von der 20. Sondervollversammlung zu Drogenfragen im Jahr 1998 beschlossenen Aktionsplan über die Internationale Zusammenarbeit bei der Vernichtung illegaler Drogenpflanzen und bei der Alternativen Entwicklung (General Assembly Resolution S-20/4 E) – diese Aktivitäten quantitativ ausgeweitet und qualitativ verbessert hat. Hierzu hat auch eine Evaluation der entwicklungsbezogenen Maßnahmen von UNODC im Jahr 2005 beigetragen, an der u. a. auch die GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) mitgewirkt hat;

- die im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit möglichen multilateralen und bilateralen Bemühungen Deutschlands in Afghanistan gegen den Drogenhandel und -anbau auch mit den Erfahrungen der EOD-Programme unterfüttert werden. Dies bezieht sich auch auf die bisher von der Bundesregierung geleistete Polizeiausbildung und die Bemühungen im Grenzmanagement. Grundsätzlich vorbildlich ist aber auch die deutsche Zusammenarbeit der „Provincial Reconstruction Teams“ in Afghanistan, in dem Sicherheit und Entwicklung entscheidend verknüpft werden. Eine gute Verzahnung von militärischer und staatlicher Sicherheit mit Konzepten der Entwicklungspolitik in Ländern mit prekärer Sicherheitslage kann einen wichtigen Beitrag zur Flankierung entwicklungsorientierter Drogenkontrolle leisten.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in Regierungsverhandlungen und politischen Gesprächen, die mit betroffenen Anbauländern geführt werden, immer auch die Bekämpfung von Drogenhandel und Drogenproduktion zu berücksichtigen und mit Nachdruck darauf zu drängen, dass seitens der Partnerregierungen alle legalen Anstrengungen zur Eindämmung des Drogenanbaus, des Drogenhandels und der Drogenverarbeitung beschlossen und umgesetzt werden;

2. Konzepte zu erarbeiten, die sektorübergreifend lokalen und regionalen Wirtschaftsaufbau- und -förderung, Infrastruktur und ländliche Entwicklung mit alternativer Entwicklung (EOD) zusammenführen. Gleichzeitig soll überprüft werden, inwieweit Kreditlinien für mittelständische Unternehmen und Mikrofinanzierungen für Farmer effektiv mit den Programmen der alternativen Entwicklung verknüpft werden können. Ziel ist es, neben einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung in Drogenanbauregionen, den Bauern zu ermöglichen, marktfähige Produkte herzustellen und abzusetzen. In diesem Zusammenhang muss auch das Entwicklungsinstrument der privat-öffentlichen Partnerschaft (PPP) für den Aufbau von außerlandwirtschaftlichen Betrieben in Drogenanbauregionen verstärkt genutzt werden. In gleicher Weise soll die EOD-Konzeption durch Alternativkonzepte des außerlandwirtschaftlichen Dienstleistungsbereichs ergänzt werden wie z. B. den Aufbau von sozialen Dienstleistungen etwa für die Gesundheitsversorgung, im Bildungsbereich und bei der Vergabe von Landtiteln;

3. bei der Erweiterung der EOD-Konzeption besonders den Ansatz der „Guten Regierungsführung“ auf allen Stufen der Gesellschaft eine Schlüsselfunktion zukommen zu lassen, um die innere Stabilität der betroffenen Entwicklungsländer zu fördern. Erst dieser Faktor wird es ermöglichen, bewaffnete Konflikte innerhalb der Drogenwirtschaft zu reduzieren. Stabile und legitimierte Staatlichkeit sind die wichtige „Größe“, um illegalen Drogenanbau nachhaltig zu begrenzen. Schlüsselstrategien zur „Guten Regierungsführung“ müssen die Durchsetzung und Förderung von „Rule of Law“ und die Korruptionsbekämpfung sein sowie die Dezentralisation und die Stärkung der behördlichen Strukturen. Die EOD-Projekte müssen daher

in Zukunft die Stabilisierung der Rechtsordnung im Fokus haben. Dies ist die Vorbedingung, um effektiv die kriminellen Netzwerke in den Entwicklungsländern zu bekämpfen;

4. dem Programm der „Entwicklungsorientierten Drogenkontrolle“ im Bereich der ländlichen Entwicklung stärkere Priorität einzuräumen;

5. zu verinnerlichen, dass zur Herstellung einer internationalen Konsens- und Dialogfähigkeit der entwicklungspolitische Grundsatz gelten muss, dass am Verbot des Anbaus von Drogenpflanzen festzuhalten ist, dass jedoch die Vernichtung von Drogenanbauflächen nur als Ausnahme genutzt werden darf. Grundsätzlich darf die Vernichtung von Drogenanbauflächen in der Drogenbekämpfung nicht Mittel erster Wahl sein, sondern nur eine flankierende Maßnahme infolge der alternativen Entwicklungsstrategien darstellen;

6. anzuerkennen, dass für Afghanistan neben der Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen und dem Aufbau eines handlungsfähigen Staatsapparates die erfolgreiche Bekämpfung des Drogenhandels eine Grundvoraussetzung für den Gesamterfolg des zivilen Wiederaufbaus ist. Bei der Drogenbekämpfung muss neben dem Aspekt einer effektiven Strafverfolgung gegen Drogenkriminelle auch die Konzeption und Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit in allen relevanten Sektoren berücksichtigt werden und in den Anbauregionen eine zentrale Rolle spielen. Afghanistan muss in der internationalen Drogenanbaubekämpfung als ein Sonderfall behandelt werden, nicht nur aufgrund des immer weiter ansteigenden Mohnanbaus, sondern auch aufgrund des engen Beziehungsgeflechtes zwischen Gewalt, Drogenökonomie und nachhaltiger Entwicklung. Aus diesem Grund muss die Bundesregierung die langfristige Umsetzung von Konzepten fördern, die auf den stufenweisen Ausstieg der Produzenten aus dem Drogenanbau zielen – und zwar in deutlich stärkerem Umfang als bisher. Entwicklungsorientierte Drogenkontrolle bietet hierbei Maßnahmen und Instrumente an, die an den spezifischen Bedürfnissen der Bevölkerung ansetzen: Armutsminderung, Ernährungssicherung, ländliche Entwicklung sowie Verbesserung des Zugangs zu Basisdienstleistungen im Bereich soziale Infrastruktur wie Trinkwasser, Bildung, Gesundheit. Einkommen schaffende Maßnahmen, Berufsbildung im außerlandwirtschaftlichen Bereich sowie der Aufbau von Markt- und Wirtschaftsstrukturen sind weitere wichtige Aufgaben und Vorleistungen. Insbesondere wenn die Menschen Perspektiven sehen und nutzen, ihren Lebensunterhalt auch ohne den Anbau von Drogen zu bestreiten, werden sie sich für einen Verzicht auf ihr illegales Handeln entscheiden können;

7. das Engagement im Bereich der Rechtsberatung der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit beim Aufbau und der Durchsetzung von staatlichen Rechtsinstitutionen in Entwicklungsländern mit Drogenanbauproblemen zu verstärken, um Rechtsstaatlichkeit und Strafverfolgung effektiver durchsetzen zu können;

8. den bilateralen Know-how-Transfer zur Verminderung der Konsumproblematik, insbesondere in den Bereichen Prävention, Therapie und soziale Betreuung und Wiedereingliederung sowie die Zusammenarbeit in den Entwicklungsländern zwischen deutschen Nichtregierungsorganisationen im Gesundheitsbereich und den Partnern in den jeweiligen Entwicklungsländern verstärkt zu fördern. Im Besonderen sind hier der Austausch von „best practices“ in der Nachfragereduzierung und die Förderung von Städtepartnerschaften sowie Anwendungen im Bereich „intelligence sharing“ anzumerken. Maßnahmen im Schnittbereich von injizierendem Drogenkonsum und der HIV/Aids-Pandemie sollen weiterentwickelt und in Absprache mit den internationalem Gebern, wie dem Global Fund on HIV/Aids, Tubercolosis and Malaria u. a. abgestimmt und koordiniert durchgeführt werden;

9. sich in Europa dafür einzusetzen, die gemeinsame europäische Drogenpolitik mit entwicklungspolitischem Akzent auf Kommissionsebene zu positionieren. Diese gemeinsame Politik muss eine stärkere Betonung im künftigen EU-Drogenaktionsplans 2009 bis 2012 erfahren – bis hin zu einer Verankerung von politischer Verantwortung an prominenter Stelle innerhalb der Kommission;

10. sich dafür einzusetzen, dass die EU ihre Zusammenarbeit mit Drittstaaten und Regionen weiter ausbaut, insbesondere mit Zentral- und Südostasien und mit Lateinamerika, aber auch mit Afrika. In diesem Zusammenhang soll der zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik etablierte Kooperations-Mechanismus effektiver gestaltet und der 1999 vereinbarte „Panama Action Plan" in vollem Umfang umgesetzt werden. Hierzu ist eine wirkliche Schwerpunktsetzung notwendig, die sich an den konkreten inhaltlichen Bedürfnissen beider Regionen orientiert;

11. darauf hinwirken, dass bei der Neuformulierung der drogenpolitischen Grundsätze der Vereinten Nationen, die im März 2009 im Rahmen der 52. Sitzung der VN-Suchtstoffkommission erfolgen wird, dem entwicklungspolitischen Ansatz der Drogenkontrolle ein größeres Gewicht eingeräumt wird. Insbesondere muss der Aktionsplan über die Internationale Zusammenarbeit bei der Vernichtung illegaler Drogenpflanzen und bei der Alternativen Entwicklung, der von der Sondervollversammlung der VN im Jahr 1998 verabschiedet wurde, dergestalt aktualisiert und fortgeschrieben werden, dass die für die deutsche und die europäische entwicklungsorientierte Drogenkontrolle gültigen Prinzipien auch auf der VN-Ebene Eingang finden;

12. die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen und Institutionen auf der VN-Ebene, insbesondere mit dem VN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime – UNODC) auszubauen und dazu beizutragen, dass die Arbeit der UNODC im Interesse von Deutschland und Europa weiter gestärkt wird und mehr Einfluss auf die internationalen Drogenbekämpfungsstrategien erhält. Im Sinne einer Stärkung deutscher Interessen ist zu überprüfen, inwieweit sich der deutsche Einfluss in der Personalpolitik widerspiegelt. Übergeordnetes Ziel der Bundesregierung muss es sein, die EOD-Projekte als Leitkonzept der multilateralen Entwicklungspolitik in der Drogenbekämpfung zu verankern;

13. sich bei den WTO-Verhandlungen zum internationalen Agrarmarkt dafür einzusetzen, dass die Agrarwirtschaft in Entwicklungsländern größere Chancen zur Teilnahme am Welthandel erhält;

14. die Strategien zur Bekämpfung der Drogenanbauproblematik in den einzelnen Entwicklungsländern immer mit einer regionalen Strategiekomponente zu verknüpfen. Bei der Konzeption von Ansätzen sind isolierte Betrachtungen zu vermeiden, um den Verschiebungseffekt innerhalb eines Landes oder über Ländergrenzen hinweg zu verhindern. Dabei muss die Bundesregierung beachten, dass bei der Umsetzung von Projekten religiöse Besonderheiten, rechtsstaatliche Grundlagen und die kulturelle Mentalität mit einbezogen werden. In diesem Zusammenhang muss auch auf die nationalen Drogenbekämpfungsstrategien eingegangen werden. Beispielweise muss gerade in islamisch geprägten Ländern eine Zusammenarbeit mit den religiösen Autoritäten herbeigeführt werden, um über die kulturellen und religiös gewachsenen Strukturen Akzeptanz und Unterstützung für die Drogenbekämpfung zu schaffen;

15. für die weitere wissenschaftliche Unterfütterung der EOD-Konzeption eine Studie im Bereich „Gegenseitige Bedingung zwischen Drogenanbau und Konflikten auf lokaler Ebene in Entwicklungsländern“ durchzuführen. Bisher gibt es Ansätze im Bereich der Evaluation in Ost-Afghanistan, jedoch fehlt hier noch tiefergehendes Wissen über die Konfliktsituation in den Drogen produzierenden Ländern Myanmar, Kolumbien, Peru und Bolivien, um neue Antworten gegen Drogenanbau finden zu können;
16. unter Bezugnahme auf die Resolution 1325 auch die Rolle von Frauen in den Drogen produzierenden Regionen zu berücksichtigen und durch die Unterstützung von frauenspezifischen Erwerbsfeldern die Potentiale von Frauen bei der Zurückdrängung des Drogenanbaus zu nutzen.

Berlin, den 9. April 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333